Zunächst gab Herr Züll den Hinweis, da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handele, diesen Begriff in Ziffer 2 des Beschlusses mit aufzunehmen.
Die Verwaltung teilte mit, dass dem so entsprochen wird.

Herr Puffe teilte mit, dass es für seine Fraktion notwendig war, barrierefreies Wohnen vorzusehen. Ein weiterer Schwerpunkt sei die in der vorherigen Diskussion bereits geäußerten Bedenken über die Parkplatzsituation, die auch aus heutiger Sicht weiter unbefriedigend sei. Man hielte einen Parkplatzschlüssel von „eins“ für wünschenswert. Auch halte man nach wie vor den Geh-/Radweg für wichtig. Losgelöst von einem möglichen Bauvorhaben müsse die Brückensituation in der Martinuskirchstraße verbessert werden. Er möchte im Protokoll festgehalten haben, dass die Verwaltung in der Vergangenheit zugesagt habe, die Situation zu verbessern. Dann müsse aber auch eine entsprechende Etatisierung vorgenommen werden. Insgesamt stehe man dem Bauvorhaben positiv gegenüber.

Anders als Herr Puffe sieht Herr Schäfer das Grundstück als nicht geeignet, den Radweg dort fortzuführen. In der Örtlichkeit sei das Grundstück relativ klein, die Nutzer des Radweges würden den freien Bereich der Bewohner in dieser Anlage tangieren. Auf seine Frage nach dem Ergebnis des Gespräches bei der Kreisverwaltung antwortete Herr Gleß, dass es noch keine Kompromisslösung gebe.

Für Herrn Schäfer ist es vertretbar, den Radweg wie bisher über die Pastor-Hochhardt-Straße zu führen. Wichtiger sei der Ausbau der Brücke.

Von manchen Bürgern habe es bei der Vorstellung des Vorhabens Unmut gegeben, dass eine Aufstockung der Altbestände abgelehnt wurde. Seine Frage, ob es möglich sei, bei Altbeständen eine zweigeschossige Bebauung zuzulassen, wurde von der Verwaltung dahin gehend beantwortet, dies im Einzelfall wohlwollend zu prüfen.

Herr Ahlefeld als zuständiger Architekt teilte mit, dass man die Stellplätze aufgrund der Landesbauordnung ermittelt habe. Danach seien für die achtundfünfzig Wohneinheiten siebenunddreißig Stellplätze nachzuweisen. Derzeit seien bereits einundfünfzig eingeplant. Sinn der Planung sei die Durchgrünung der Anlage. Würde man mehr Stellplätze schaffen, sei dies kontraproduktiv. Es gäbe Grundstücksbereiche, die problemlos mit einem Pkw angefahren werden könnten. Stelle man zu einem späteren Zeitpunkt fest, dass man mit der Anzahl der Stellplätze nicht auskomme, könne nachgebessert werden. Im mittleren Bereich des Plangebietes werde für die Pflegedienste eine Fläche mit Schotterrasen bereitgestellt.

Auf Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz teilte Herr Ahlefeld mit, dass das Haus 3 zunächst mit den Seniorenwohneinheiten errichtet werde. Bestünde weiterhin eine hohe Nachfrage nach altengerechten Wohnungen, habe die Baugenossenschaft zugesagt, auch das Haus 1 mit Aufzügen auszustatten.

Protokollnotiz:

Zu Punkt 16 gehört der irrtümlich nicht abgedruckte Beschlussvorschlag:
Den Anregungen wird lt. Stellungnahme der Verwaltung nicht gefolgt.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über folgenden unter Ziff. 2 geänderten

Beschlussvorschlag abstimmen: